

Breiter Konsens der KAB Augsburg mit dem Fachanwalt für Arbeitsrecht Ulrich Lange, MdB

Bei Ulrich Lange, MdB in Nördlingen war die geschäftsführende Diözesanverbandsleitung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Augsburg Ende Juli. Es war ein erstes Kontaktgespräch, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Bald wurde klar, dass es ebenso gemeinsame Haltungen wie differierende Einschätzungen gibt. Man versprach, sich über Neuerungen entsprechend zu informieren.



Ein weiteres Kontaktgespräch der KAB-Diözesanleitung mit der „großen“ Politik fand kurz vor der Sommerpause in Nördlingen statt: Der Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange hatte die Vertreter des Sozialverbands eingeladen, um mit ihnen über anstehende Herausforderungen zu sprechen. Der Politiker, der selbst aus der katholischen Jugendarbeit stammt, machte seine Verankerung im katholischen Milieu deutlich. „Eines der Probleme, mit denen wir es zu tun haben, ist der wachsende Verlust der Vergesellschaftungsformen. Das erleben Sie als Verband ebenso wie wir in der Politik.“ betonte Lange bereits zu Beginn.

Diözesansekretär Peter Ziegler benannte zu Beginn die „Altersarmut“ als das drängende Problem der Zukunft. „Was aktuell unter dem Stichwort „solidarische Lebensleistungsrente“ geplant ist, muss genau untersucht werden, ob es das Ziel der Bekämpfung von Altersarmut auch wirklich erreicht.“ Aber bevor hier keine belastbaren Entwürfe vorliegen, mache es nur wenig Sinn, darüber zu diskutieren. Lothar Roser kritisierte die Finanzierung der Mütterrente aus der Rentenkasse, schließlich fließe über die 6,7 Millionen an zusätzlich ausgezahlter Rente mindestens ein Drittel wieder in den Steuerpotf. Lange hielt dem entgegen, dass bereits heute 28% der Sozialausgaben in die Rentenkasse fließen. Er stehe inhaltlich felsenfest zur Erweiterung der Mütterrente, sehe aber durchaus Probleme bei der Rente mit 63, weil diese den Fachkräftemangel weiter erhöhen werde.

Diakon Erwin Helmer bedankte sich für die Einführung des Mindestlohns, für den der Verband lange gestritten habe und benannte gleichzeitig eines der am meisten vernachlässigten Probleme: das Schwinden der Tarifbindung – gerade noch 57% der bayerischen Beschäftigten sind von einem Tarifvertrag erfasst. Er sehe hier die Politik in der Pflicht, weil gerade Arbeitgeber sich zunehmend ihrer sozialen Verpflichtung entzögen. Auch Lange bezeichnete sich als „Fan von Tarifverträgen“, da diese vor allem in Krisenzeiten passende Instrumentarien vorsähen, um Firmen zu retten. Er hoffe, dass sich der „Frust über Tarifverträge“, der sich Anfang des Jahrtausends bei beiden Tarifvertragsparteien ausgebreitet habe, der Vergangenheit angehöre.

Als weiteres Problemfeld benannte Helmer die Gefahr, dass die im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung geplanten Verbesserungen – Equal Pay nach neun Monaten, Befristung auf 18 Monate – durch ein Schreiben des Gesamtbetriebsrats eines großen Verleihbetriebs be- wenn nicht verhindert würden. Lange sicherte zu: „Ich gehe fest davon aus, dass das im Koalitionsvertrag Vereinbarte auch in diesem Fall eins zu eins umgesetzt wird.“ Er persönlich hätte sich auch andere Gestaltungsmöglichkeiten vorstellen können, aber das Ganze sei eben das Ergebnis eines wohl austarierten Kompromisses. Auch wenn er noch nicht sagen könne, wann ein entsprechender Gesetzentwurf zur weiteren Regulierung der Leiharbeit vorliegen werde, sicherte er dem Verband eine entsprechende Information zu.